Einzelnummer 15 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark ausschl. Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stückrath & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno H. Hahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno H. A. Sander, beide Spandau

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft — für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Festtage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuendorfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschlüsse unter Sammel-Nummer 4071.

Regelmäßige Beilagen:
Wöchentlich: „Spand. Illustr. Zeitung" — „Spand. Roman Zeitung" — „Die Frau und ihre Welt" — „Der Kleinsiedler" 14 täglich: „Techn. Rundschau" „Film" „Reise u. Verkehr".

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 36 Pf., die dreigespaltene Textzeile 1,80 Mk. Die Beilagengebühr beträgt 20 Mk. für das Tausend, die Offertengebühr 30 Pf. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gewähr übernommen. — Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank, Depositen-Kasse Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau. — Postscheck-Konto: Berlin NW. 7 Nr. 1707.

Nummer 32.* — **Sonnabend, 7. Februar 1931.** — **38. Jahrgang.**

Weißer Adler über Angola?

Von Norbert Zenker, zur Zeit Funchal auf Madeira.

Der polnische Nationalheld Pilsudski führt seine immer bunter werdende Uniform zur Erholung auf der schönen portugiesischen Insel Madeira spazieren und gerät dadurch bei den Ochsentreibern der Personenschlitten, welche die glatten Basaltwege zu den internationalen Hotels hinauffahren, in den Verdacht, „nur" einer der portugiesischen Offiziere zu sein, die zu der Besatzung des hochgelegenen Forts Funchal gehören. Taktvollerweise bewegen sich die Offiziere anderer Länder, die auf dieser Sonnen- und Blüteninsel Erholung suchen, nicht in gleißenden Uniformen, sondern in bescheidenem Zivil; denn sie wollen doch Menschen unter Menschen sein. Die sind hier meist englischer Herkunft. Die mächtigen Hotels auf den hohen Felsenhängen zwischen dem matthblauen See und dem matrblauen Himmel werden ebenfalls englisch geführt, und der Funchalese betrachtet denn auch die Engländer als die wirklichen Herren. Die Portugiesen, insbesondere die uniformierten, zu denen der durchschnittliche Eingeborene natürlich auch Herrn Pilsudski rechnet, sind in seinen Augen nur dazu da, um zu verhindern, daß die Eingeborenen die herrliche Insel verlassen, um zu ihren Rassegefährten nach Brasilien auszuwandern und dadurch den englischen Hotels die Arbeitskräfte wegzunehmen. Hier muß man einen Auswandererschein besitzen, sonst darf man nicht von der Insel herunter. Solche Scheine werden aber nur noch in den Büros der Unterwelt von Madeira hergestellt, verlieren für ihre Bewerber jedoch an Wert, weil zu wenig oder gar keine Scheine von den portugiesischen Amtsstellen ausgegeben werden, so daß sich schon die Sitte herausgebildet hat, irgendwie als blinder Passagier auf einen internationalen Dampfer zu gelangen, sich später entdecken zu lassen und den Fahrpreis nachzuentrichten.

Wie das kommt? Madeira ist doch ein Paradies auf Erden? Gewiß! Aber die portugiesische Verwaltung hat kein Talent, den Bewohnern des Paradieses das Leben erträglich zu gestalten. Der wunderbarste Lungenkurort in den ozeanischen Gewässern nahe der europäischen Küste zählt soviel Lungenkranke, wie sie verhältnismäßig wohl nie wieder auf so engem Raum von unserem Planeten beherberat werden. Rund siebenzig v. H. der Eingesessenen werden Opfer der Tuberkulose. Die Portugiesen gehören unbedingt zu den seekundigsten und seemännisch wagemutigsten und tüchtigsten Völkern der Erde. Sie haben stets einen schlechthin genialen Blick für ertragreiche Kolonien gehabt und sich in allen Weltteilen Riesenreiche zu sichern verstanden. Das meiste davon ist verlorengegangen. Viel blieb ihnen. Dennoch haben sie im Laufe der Jahrhunderte, in denen sie Kolonialwirtschaft treiben, die in ihre Gewalt geratenen blühenden Länder stets nur ausgeplündert, nie aber zu entwickeln verstanden. Noch heute besitzen die Portugiesen in West- und Ostafrika Bodenräume, auf denen längst wirtschaftliche Weltmächte hätten entstehen müssen. Aber Jahrzehnte vor dem Kriege waren sie schon bereit, Angola, Portugiesisch-Westafrika, Mozambique und Portugiesisch-Ostafrika meistbietend zu verkaufen. In einem talertvollen Anfall der Erkenntnis des Wertes dieser Reiche sicherte sich Deutschland in dem englisch-deutschen Geheimvertrag über die Kolonialbetätigung in Afrika den ersten Anspruch auf Angola. Dieses sich von der Nordgrenze Deutsch-Südwest-Afrikas bis an die Kongomündung erstreckende Land von der dreifachen Größe des heutigen Deutschland wäre eine überaus glückliche und notwendige Ergänzung zu unseren afrikanischen Kolonien gewesen. Inzwischen geriet es nach und nach, aber sicher, in die Hand der Engländer. Sie haben die Benquelabahn heute schon zu einer afrikanischen Querverbindung ausgebaut und würden noch mehr Kapital in diesen fruchtbaren und zukunftsreichen, wenn auch noch menschenarmen Teil der Erde hineinstecken, wenn sie nicht kolonial eben schon stark übersättigt wären.

Das ist die einzige Grundlage für den urkomischen Versuch Polens, in die Reihe der Kolonialvölker einzutreten. Und diese Grundlage ist dünner als Seidenpapier; denn erstens haben die Polen kein Geld, um Portugal um diesen wertvollen Besitz zu erleichtern, zweitens können die Engländer niemals daran denken, ihr in Angola angelegtes Vermögen einem Land anzuvertrauen, dessen Unfähigkeit in der Vermögensverwaltung die Welt um das gewiß nicht glorreiche Schlagwort „Polnische Wirtschaft" bereichert hat. Der „Weiße Adler" wird also mit Sicherheit keine Gelegenheit erhalten, seine Flügel an der afrikanischen Sonne zu verbrennen. Die Sache lohnte deshalb keine genauere Betrachtung, wenn Pilsudski, der von Deutschland so außerordentlich viel gelernt hat, nicht auch in diesem Punkte auf Deutschlands Wegen wandeln würde.

Das sollte uns ein Anlaß sein, endlich einmal etwas von Polen zu lernen: Seine Unbefangenheit und Leidenschaft in der Vertretung seiner nationalen Wünsche. Soweit sich diese auf Kolonien erstrecken, wirken sie in der ganzen Welt lächerlich. Soweit Deutschland jedoch koloniale Forderungen geltend machen würde, stünde es überall in der Welt da als ein Antragsteller, der bestimmt nicht übereilt auf den Plan getreten ist. Es genügt nicht, daß in Genf ein wenig gegen die Absichten Englands protestiert wird, Deutsch-Ostafrika unter Bruch des Völkerrechts und sogar des Versailler Vertrages zum Kernstück eines riesengroßen ostafrikanischen Dominiums zu machen. Wir haben stärkste Ursache mit Rücksicht auf unsere Bevölkerung, auf unsere Arbeitslosigkeit und auf unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von grundlegenden ausländischen Rohstoffen die berechtigten deutschen Kolonialansprüche mit denkbar schärfster Dringlichkeit geltend zu machen.

Hundert namentliche Abstimmungen.

Berlin, 7. Februar.

Parlamentspropheten und Wettermacher haben gemeinsam häufig das Pech, in ihren Voraussagen daneben zu hauen. So war der Ausklang der gestrigen Reichstagssitzung (siehe nächste Seite) nicht das befürchtete Ungewitter, sondern zufriedene Heiterkeit der Regierungsparteien darüber, daß die jungen Nationalsozialisten sich von dem alten Parlamentarier Löbe überrumpeln ließen. Das letzte Wort der Nationalsozialisten, als sie erfuhren, daß die Beschlußunfähigkeit des Hauses dem Präsidenten eine besondere Machtbefugnis verleiht, war: Wir werden die Anträge über die Aenderung der Geschäftsordnung doch verhindern.

Schon bald nach der Reichstagssitzung zogen sie sich zu einer Besprechung zurück, um über die heute zu befolgende Taktik zu beschließen. Sie rechneten aber im wesentlichen auf Hilfe vom anderen Flügel und rechnen, daß, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten getrennt marschieren, aber nicht vereint schlagen, so doch vereint verhindern werden, daß sie geschlagen werden. Die Oppositionsparteien wollen nun gemeinsam versuchen, die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeizuführen, damit über die Reformanträge nicht abgestimmt werden kann. Weiter wollen sie bei den Immunitätsanträgen in jedem einzelnen Fall namentliche Abstimmung beantragen. Das wären beinahe 100 namentliche Abstimmungen. Wer könnte das in einer Sitzung aushalten? Auf der Rechten weiß natürlich niemand, wie sich die Kommunisten verhalten werden, aber man nimmt dort als selbstverständlich an, daß die Kommunisten an diesem Spiel Gefallen finden werden.

In der heutigen Reichstagssitzung soll zunächst die gestern wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochene zweite Beratung des Haushaltes der Reichskanzlei zu Ende geführt werden, an die sich auch die Abstimmungen über die von den Nationalsozialisten beantragte Auflösung des Reichstages und über die Mißtrauensanträge anschließt. Danach steht die Reform der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung. Zum Schluß stehen die etwa 100 Fälle von Strafverfahren gegen Mitglieder des Reichstages zur Beratung.

Es ist immer noch zweifelhaft, wie sich die Splitterparteien zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen verhalten werden. Die „Börsenzeitung", die sich bisher für die Regierung Brüning eingesetzt und sich zum Sprachrohr der Bauernparteien gemacht hat, wirft heute merkwürdigerweise die Frage auf, ob der Regierung Brüning das Vertrauen auszusprechen sei. Er habe mit den Parteien verhandelt, aber keinen Versuch gemacht, wenigstens nur einen schüchternen, die Nationalsozialisten zur Mitarbeit zu gewinnen. Hinter Brüning ständen heute im Volke im wesentlichen die Vorsichtigen und diejenigen, die fürchten, daß sein Sturz für sie ein noch größeres Uebel nach sich ziehen würde. Das Blatt macht ihm zum Vorwurf seine innere Gebundenheit an das demokratische parlamentarische System, das in dieser Form sicherlich überlebt, wenn nicht sogar für Deutschland naturwidrig sei.

Die für die nächste Woche angesetzte außenpolitische Aussprache, die ursprünglich erst am Dienstag beginnen sollte, dürfte vermutlich schon am Montag einsetzen. Auf alle Fälle wird ihr ein ausführlicher Bericht des Reichsaußenministers Dr. Curtius über die außenpolitische Lage, wie namentlich auch über den Verlauf der verflossenen Völkerbundsratstagung, vorausgehen. Inzwischen sind von einigen Fraktionen neue Anträge im Reichstag eingebracht worden, die der außenpolitischen Aussprache neue Nahrung zuführen werden. Den bereits im Auswärtigen Ausschuß abgelehnten Antrag auf Vorbereitung des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbunde haben die Nationalsozialisten nun auch im Plenum eingebracht. Außerdem liegt ein Antrag der Landvolkfraktion vor, der sich mit der Rüstungsfrage beschäftigt. Es wird darin die sofortige Abänderung des Deutschland vertraglich auferlegten Rüstungssystems verlangt mit der Begründung, daß Artikel 8 der Völkerbundssatzung ausdrücklich bestimmt, daß Pläne für die Abrüstung mindestens alle zehn Jahre neu zu prüfen und, wenn erforderlich, zu ändern sind. Nun sind seit Versailles mehr als zehn Jahre verflossen. Alle diese Fragen werden die außenpolitische Aussprache recht anregend gestalten. Der Regierung drohen aber wahrscheinlich vom Gebiete der Außenpolitik her gegenwärtig keinerlei Gefahren.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers Dr. Brüning bei der Wiedereröffnung des Reichstages ist in den führenden Londoner Zeitungen ziemlich ausführlich wiedergegeben. Die „Times" betont, daß die Rede des deutschen Reichskanzlers keinen Zweifel über die Absichten der Regierung gelassen habe, zwecklose und gefährliche Abenteuer zu vermeiden und eine nüchterne Spar- und Reformpolitik fortzusetzen. Vom „Daily Telegraph" wird die Rede dahin ausgelegt, daß der Kanzler baldmöglichst wieder zu den normalen Methoden der Gesetzgebung zurückkehren und hierdurch den deutschen Kredit heben wolle. Die Bemerkungen des Reichskanzlers über die Reparationen seien allerdings nicht ganz leicht verständlich, zumal er davon gesprochen habe, die Reparationen aus eigenen Mitteln, unter Stärkung der Landwirtschaft und Industrie, aufzubringen. Er habe vielleicht auf einen Vorschlag der Ruhrindustrie angespielt, die Einfuhrzölle auf englische Kohlen zu erhöhen.

Von den Pariser Zeitungen besprechen nur wenige Morgenblätter die Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Brüning. Das „Echo de Paris" vermißt in den Ausführungen Dr. Brünings jeden Hinweis auf die Außenpolitik. Das „Journal" erklärt, daß die Rede des Reichskanzlers als die beste angesehen werden könne, die seit dem Tode Stresemanns von der Tribüne des Reichstages herab gehalten worden sei. Seinen Erfolg habe er in erster Linie seiner Offenheit zu verdanken, mit der er sich gegen die Rechte gewendet habe.

Zwischenfall im Warschauer Sozialistenprozeß.

Warschau, 7. Februar. Bei dem großen Prozeß über die Warschauer Straßenunruhen am 14. September v. J. kam es gestern zu einem erschütternden Vorfall. Ein Zeuge, der 80jährige Rechtsanwalt Korenfeld, erzählte gerade, wie die Polizisten „mit geschwungenen Säbeln auf schäumenden Rossen" herangesprengt gekommen wären. Der Vorsitzende stellte hierauf die ironische Zwischenfrage, ob die Rosse stark geschäumt hätten. In diesem Augenblick erbleichte der Zeuge und **fiel tot nieder.**

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärte die Verteidigung, dem Nestor der Warschauer Anwaltschaft sei das Herz gebrochen, als der Vorsitzende seine Aussagen ironisierte. Die Verteidigung müsse gegen eine derartige Behandlung von Zeugen, die nicht nach dem Willen des Vorsitzenden aussagen, protestieren.

Bootsunglück im Hamburger Hafen.

Hamburg, 7 Februar. Im Ellerholzhafen wurde heute ein mit zehn Personen besetztes Ruderboot von einem Schlepper überrannt. **Zwei Personen wurden getötet, zwei Personen in schwerverletztem Zustande geborgen.** Die übrigen Insassen konnten gerettet werden.

Jubiläum der Landwirtschaftlichen Hochschule.

Berlin, 7. Februar. Die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin begeht heute die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Bei dem Festakt in der Hochschule hielt **Landwirtschaftsminister Dr. Steiger** aus diesem Anlaß eine Rede, in der er u. a. darauf hinwies, daß es notwendig sei, in Zukunft der Qualität der Erzeugnisse mehr Berücksichtigung zu schenken als bisher. Diese Sachlage führe zwangsläufig zu einer stärkeren Beschäftigung mit der Frage des Marktwesens. Hier den Vorsprung, den eine Reihe von anderen Ländern gewonnen hat, einzuholen, sei eine Aufgabe, an deren Erfüllung die Wissenschaft mitzuarbeiten in vorderster Linie berufen sei. Das gleiche gelte für die dringend notwendige Senkung der Erzeugungskosten, ohne die die Wiedergewinnung der Rentabilität der Betriebe ebensowenig möglich sein werde, wie die Abwehr der ausländischen Konkurrenz. Der Minister gab dann die Ernennung einer Reihe von Professoren zu Honorarprofessoren bekannt. Zum Schluß wies er auf die hohen Verdienste des derzeitigen Rektors der Hochschule, Prof. Dr. Dr. rer. pol. h. c. Aereboe, hin und überreichte ihm den Silbernen Ehrenschild des Landwirtschaftsministeriums.

Noch ein Opfer der Granatexplosion in Budapest

Budapest, 7. Februar. Eine Frau, die bei der Granatexplosion auf dem Teleki-Platz schwer verletzt wurde, ist heute ihren Verletzungen erlegen. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer der Explosionskatastrophe auf fünf erhöht.

Die Lage im neuseeländischen Erdbebengebiet.

Wellington, 7. Februar. Im Erdbebengebiet schläft die Bevölkerung noch im Freien. (In Neuseeland herrscht gegenwärtig Hochsommer!) Die Telegraphen und die anderen elektrischen Leitungen sind wieder instand gesetzt. Einige weitere Stöße wurden verspürt.